

# Bericht aus Berlin



**CDU**  
Armin Schuster

## Elektromobilität

### **Kaufprämie für Elektroautos beschlossen**

Die Bundesregierung hat die Zahlung einer Prämie beim Kauf von Elektroautos beschlossen, entgegen unserer wirtschaftspolitischen Linie. Daher ist die Prämie prinzipiell abzulehnen. Die Beweggründe von Angela Merkel sind zu erraten. Natürlich muss man sich sorgen, wenn unsere Leitindustrie, die deutsche Automobilwirtschaft, gleich auf mehreren Feldern negative Schlagzeilen produziert und technologisch nicht an der Spitze marschiert. Zu lange wurde versäumt, im seit Jahren zukunftssträchtigen Feld der alternativen Antriebe Trends zu setzen. Ein Fehler, der uns schon im Bereich der Informationstechnologie unterlaufen ist, mit der Folge, dass die amerikanischen Trendsetter Google, Microsoft und Apple, die das „Silicon Valley Mindset“ mit begründet haben, einen größeren Börsenwert besitzen, als alle DAX-Unternehmen zusammengefasst. Das kann nicht der Anspruch unserer Wirtschaft sein, schon gar nicht im Bereich der Autoindustrie. Es ist höchste Zeit, durch gezielte Investitionen in junge und mutige Existenzgründer, vor allem aber in die Universitäten und Forschungseinrichtungen wie Fraunhofer, Wagniskapital zur Entwicklung disruptiver Technologien zur Verfügung zu stellen. Ein Silicon Valley werden wir nicht mehr entwickeln können, aber Industrie 4.0 sollte mehr als ein Modebegriff sein. Google und das selbstfahrende Auto oder Tesla beweisen, dass es höchste Zeit wird, einen neuen Geist in Deutschland zu entfachen, zukunftssträchtige und verdrängende Technologien frühzeitig anzugehen. Der durch die Prämie auf Elektroautos entstehende Kaufdruck wird die Autoindustrie ankurbeln und das ist kein Ruhmesblatt für die Manager. Das wird aber nur Symptome lindern, ein neues Bewusstsein für die revolutionäre Entwicklung von Zukunftstechnologien entsteht dadurch nicht. Ich würde das Geld deshalb lieber in die Ursachenbehebung investieren, also in den Mut unserer Wissenschaftler, Forscher, Entwickler und Neugründer.



Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Musiksammlung ist um ein neues Stück reicher, denn seit heute gibt es das neue Album von Udo Lindenberg. Auch wenn die letzte CD noch besser war, bleibt die Musik und die Person Lindenberg für mich ein Phänomen und Idol, und das schon seit meiner Jugend. Ich finde es immer wieder aufs Neue so erstaunlich wie beeindruckend, dass er sich auch von persönlichen Krisen und in schlechten Zeiten nicht von seinem Weg hat abbringen lassen. Eine solche gradlinig durchgängige Haltung wäre auch in der Politik des Öfteren angebracht. Denn während Musiker bei Stil- oder Richtungswechseln „nur“ weniger CDs verkaufen, verliert die Politik an Zustimmung und Unterstützung durch fehlendes Vertrauen der Wählerinnen und Wähler. Gerade deshalb dürfen wir in der CDU, trotz eventuell abweichendem Zeitgeist, nicht weiter unseren Markenkern vernachlässigen. Die Folgen sind schon jetzt mit der erstarkten AfD sichtbar. Wer wenn nicht wir soll für eine ambitionierte Wirtschaftsförderung oder ein gutes Sicherheitsgefühl der Menschen sorgen?

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Armin Schuster

Armin Schuster MdB  
Im Deutschen Bundestag für den  
Wahlkreis  
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro  
Tel.: 030 227-71005  
Fax: 030 227-76606  
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
Tel.: 07621 4258033  
Fax: 07621 4258035  
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Bericht aus Berlin vom 29.04.2016

### Podiumsdiskussion in Berlin

Am Dienstag fand zum Auftakt der Sitzungswoche eine Podiumsdiskussion des Bundesverbandes der deutschen Pressesprecher mit dem Titel „Die verlorene Wahrheit in der Kommunikation – wem glaubt die Gesellschaft (noch)?“ statt. Armin Schuster diskutierte unter anderem mit dem Chefredakteur des ZDF, Dr. Peter Frey, und erläuterte die Problematik aus der Sicht eines Politikers und ehemaligen Polizisten. Den Mangel an Vertrauen insbesondere gegenüber Politikern schlage ihm täglich entgegen und stehe in Diskrepanz zu seinem früheren Betätigungsfeld als Polizist. In diesem Kontext wurden auch die Macht der Medien und ihre Auswirkungen auf die Abgeordneten näher beleuchtet.



Bild: Laurin Schmidt, Quadriga Media

### Sparkassenverbandspräsident in Lörrach

In der letzten Woche besuchte der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Georg Fahrenschon auf Einladung von Armin Schuster das Sparkassenforum in Lörrach und hielt einen Vortrag zum Thema „Niedrigzinsen und kein Ende. Folgen für Sparer, Unternehmen und Kreditwirtschaft“. Laut Fahrenschon sei Deutschland trotz der Niedrigzinspolitik der EZB im europäischen Vergleich wirtschaftlich sehr gut aufgestellt und profitiere in hohem Maße vom Euro. Die Schweiz zeige, welche Folgen andauernde Währungsschwankungen für die Bevölkerung haben können. In der anschließenden Diskussion verwies Armin Schuster aber auch auf das durch die Niedrigzinspolitik schwindende Sicherheitsgefühl der Menschen in ihre Spareinlagen und Altersvorsorge. Deshalb müsse die Politik wieder mehr auf die Sorgen der Bevölkerung eingehen.



v.l.n.r.: OB Wolfgang Dietz, André Marker (Sparkasse Lörrach-Rheinfelden), Georg Fahrenschon, Armin Schuster

### +++++++Kurz berichtet+++++++

#### Reform zum Sexualstrafrecht im Bundestag

In dieser Woche wurde in erster Lesung der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Sexualstrafrechts beraten. Der Entwurf sieht vor, dass künftig jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung strafrechtlich verfolgt werden kann. Die bisherigen Regelungen haben sich als nicht ausreichend erwiesen. Allerdings sehen wir noch weiteren Änderungsbedarf. Insbesondere das „Grabchen“ ist nach den bisherigen Regelungen nur unzureichend strafbar. Wir werden uns im parlamentarischen Verfahren deshalb für weitere Änderungen einsetzen.

#### Finanzierung des Atomausstiegs gesichert

Im Oktober 2015 wurde durch die Bundesregierung die „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“ eingesetzt. Auftrag der Kommission war, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie die Stilllegung und der Rückbau der AKWs sowie die Entsorgung der radioaktiven Abfälle finanziell geregelt werden kann. Der nun einstimmig gefasste Kompromiss sieht vor, dass die Betreiber der AKWs über 23 Milliarden Euro in einen staatlichen Fonds einzahlen, der die Kosten der Zwischen- und Endlagerung abdecken soll. Im Gegenzug übernimmt der Bund die operative Verantwortung für die Zwischen- und Endlagerung. Durch den Kompromiss werden weitere wichtige Weichen hin zu einer atomkraftfreien Stromerzeugung bei uns in Deutschland gestellt. Es gilt nun, den Kompromiss auch in Gesetzesform zu gießen, damit zügig Rechtssicherheit hergestellt wird.

#### Praktikum in Berlin

Luisa Elleser und Lisa Grübl unterstützen seit zwei Wochen das Berliner Büro tatkräftig. Neben Besuchen von Plenarsitzungen und Ausschusssitzungen konnten beide den Büroalltag aus nächster Nähe kennen lernen. Ausführliche Praktikumsberichte folgen in der nächsten Woche wie immer auf der Homepage.

